



Ergebnisse des nicht-öffentlichen Hearings zur künftigen Jugendstrategie der Europäischen Union am 28. Mai 2009 in Berlin

Das Hearing, zu dem die Abteilungsleitung „Teilhabe junger Menschen“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingeladen hatte, ergab ein deutliches Meinungsbild der jugendpolitischen Akteure in Deutschland zu der von der Europäischen Kommission am 27. April 2009 vorgelegten Mitteilung „Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment“. Es bestand grundsätzliche Einigkeit in zentralen Punkten, an einzelnen Stellen wurde allerdings weiterer Beratungsbedarf erkennbar.

- Der Vorschlag der Kommission für eine integrierte neue europäische Jugendstrategie, deren generelle Ausrichtung an Empowerment von und Investition in Jugend sowie die zu Grunde gelegte Analyse der Lebenslagen junger Menschen in Europa wird begrüßt.
- Das Phänomen der Benachteiligung junger Menschen bedarf einer intensiven europäischen Debatte, um ein gemeinsames Verständnis zur erlangen, keinen Stigmatisierungen Vorschub zu leisten und um sinnvolle politische Ansätze von Zielgruppenorientierung und/oder Ursachenbekämpfung zu entwickeln/verstetigen/korrigieren etc..
- Die drei Zielsetzungen des Kommissionsvorschlags werden geteilt: Mehr Chancen in Bildung und Beschäftigung, bessere Zugangsmöglichkeiten zur umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe, stärkere Solidarität in der Gesellschaft.
 - Weiter *Beratungsbedarf* besteht, wie Jugendarbeit (*im europäischen Verständnis als außerschulische Bildungs- und Erziehungsarbeit*) eine gesellschaftliche Aufwertung erfahren kann, ohne dass durch eine Erfolgsmessung im Kontext der Querschnittsbereiche Bildung, Beschäftigung der „Eigensinn“ von haupt- und ehrenamtlicher Jugendarbeit gefährdet wird.
 - *Beratungsbedarf* besteht außerdem, wie nicht-formale Lernerfahrungen und deren Bedeutung im gesamten Bildungsgeschehen wahrnehmbar in die

europäische und nationale Bildungsdebatte eingebracht werden können, ohne ihre gewollte „Andersartigkeit“ zum formalen Bildungssystem zu gefährden und doch im Sinn der jungen Leute nutzbar zu sein.

- Die Einführung von **Peer-Learning** als Methode der Zusammenarbeit im Konzert einer erneuerten OMK wird als sehr sinnvoll erachtet. Ihr wird eine Bedeutung für die Praxis vor Ort und eine politische Relevanz im Rahmen der Gesamtstrategie beigemessen. Sie wird damit als verbindendes Element zwischen den verschiedenen jugendpolitischen Handlungsebenen erachtet.
- Das Bestreben nach einer stärker **evidenzbasierten europäischen Jugendpolitik** wird unterstützt. Ein europäischer Jugendbericht wird dafür als erforderlich erachtet, eine Berichterstattung in Anlehnung an die Struktur des deutschen Kinder- und Jugendberichts wird angeraten, eine regelmäßige Datenerhebung (Europäischer Jugendsurvey) sollte dies ergänzen.
 - Weiterer *Beratungsbedarf* besteht, mit welchen Instrumenten eine sinnvolle wissenschaftliche Grundlage für eine evidenzbasierte Jugendpolitik geschaffen werden kann, die auch den europäischen Vergleich ermöglicht.
- Die Weiterentwicklung des **Strukturierten Dialoges** mit NGOs und Jugendlichen wird als erforderlich erachtet. Ziel muss es sein den Dialog auch thematisch als integrierten Bestandteil der neuen Strategie zu verankern.
 - Weiterer *Beratungsbedarf* besteht, wie der Strukturierte Dialog sinnvoll Themen „von unten nach oben“ transportieren kann, wenn er in die thematische Gesamtstruktur eingebunden ist.
 - *Beratungsbedarf* besteht außerdem, wie der Strukturierte Dialog auf europäischer Ebene seinen begrenzten Radius ausweiten und einen Querschnitt der jugendlichen Bevölkerung in Europa darstellen kann.
- Insgesamt wird an dem deutschen Vorschlag festgehalten, die jugendpolitischen Instrumente (Offene Methode der Koordinierung, Europäischer Pakt für die Jugend, Strukturierter Dialog, Austauschrahmen guter Praxis, Europäischer Jugendbericht) mit gezielten Schlüsselfragestellungen unter dem Dach einer Gesamtstrategie zu bündeln. Dies bedeutet insbesondere, die Themen und Schlüsselfragen für alle Instrumente übergreifend und einheitlich festzulegen.